(Soz.) wirft dem preußischen Finanzminister v. Rheinbaben wegen dessen gestriger Angabe, daß ein Münchener Arbeiter nach dem in einem sozialdemokratischen Blatte veröffentlichten Berichte bei 1560 Mark Einkommen nicht weniger als 86 Mark für parteipolitische Zwecke verausgabe, illoyale Verdrehung von Tatsachen vor. (Vizepräsident Graf Stolberg rügt diese Wendung.) Von den 86 Mark entfielen nur 3 Mark auf Beiträge für den sozialdemokratischen Verein; alles übrige seien Beiträge für Krankenversicherung, Invalidenversicherung und für Gewerkschaften. Redner bekämpft dann die Tabaksteuervorlage. Noch vor 10 Jahren habe die Regierung anerkannt, daß eine stärkere Belastung des Rohtabaks nicht mehr möglich sei, daß vielmehr eine Fabrikatsteuer die einzige sei, die der Tabak noch ertragen könne. Mit dieser ihrer eigenen früheren Ansicht befinde sich die Regierung bei ihrer jetzigen Vorlage in schroffem Widerspruch. Besonders wendet sich dann Redner gegen die vorgeschlagene Zigarettensteuer. Unsere großartig entwickelte Zigarettenfabrikation, die zur vollen Häfte Pfennig-Zigaretten herstelle — für den Arbeiter, der sich nur einen solchen kurzen billigen Genuß gönnen könne — werde schwer durch diese Vorlage geschädigt. Die Fabrikation von Pfennig-Zigaretten würde unmöglich werden. — Abg. Lichtenberger (nat.-lib.): Seine Freunde stimmten nur einem erhöhten Zoll auf Tabakfabrikate, sowie der Zigaretten-Besteuerung zu, nicht aber einer erhöhten Steuer auf Tabak und einem erhöhten Zoll auf Rohtabak, da jede Mehrbelastung des Rohtabaks wegen des sicher gerade bei den billigsten Fabrikaten erfolgenden Rückganges des Konsums den Tabakbau und die Tabakindustrie schädigen müsse. — Abg. Riff (freis. Ver.) erklärt namens sämtlicher elsaß-lothringischer Abgeordneten, sie wollten das Opfer bringen, in die Reichs-Erbschaftssteuer einzuwilligen, würden aber keinesfalls einer Besteuerung auch der Erbanfälle an Deszendenten zustimmen und müßten auch verlangen, daß Elsaß-Lothringen einen höheren Betrag als nur ein Drittel des Ertrages der Erbschaftssteuer zugesichert erhalte, weil es sonst materiell viel schlechter gestellt sein würde als die anderen Bundesstaaten. Weiter seien die elsaß-lothringischen Abgeordneten damit einverstanden, daß Elsaß-Lothringen in die norddeutsche Brausteuergemeinschaft eintrete; aber Voraussetzung dabei sei die Annahme der in der Brausteuervorlage vorgeschlagenen Brausteuersätze. Die Tabaksteuervorlage erscheine so unreif, daß der Reichstag sie eigentlich a limine ablehnen sollte. — Elsaß-lothringischer Geheimrat Halley erklärt, daß, wenn der Reichstag niedrigere Brausteuersätze beschließe, als die verbündeten Regierungen sie vorgeschlagen hätten, Elsaß-Lothringen bitten müsse, von dem in der Brausteuervorlage vorgesehenen Eintritt in die norddeutsche Brausteuergemeinschaft entbunden zu werden. — Abg. Held (nat.-lib.) spricht sich persönlich gegen Heranziehung der Erbanfälle an Deszendenten und Ehegatten in der Erbschaftssteuer aus, bekämpft die Tabaksteuer-Erhöhung und empfiehlt schließlich eine Wehrsteuer. — Schluß der Sitzung gegen 3/4 6 Uhr. — Morgen 1 Uhr: Fortsetzung, dann erste Lesung des Gesetzentwurfs betreffend die Entschädigung für Naturalleistungen an die bewaffnete Macht und des Servisgesetzes.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Seniorenkonvent des Reichstags trat vor Beginn der heutigen Sitzung zu einer Besprechung zusammen, bei der Präsident Graf Ballestrem Mitteilung vom Eingange eines Schreibens des Reichskanzlers machte, worin dem Reichstage von der Bildung der von diesem gewünschten Kommission zur Untersuchung der Landkonzessionen Kenntnis gegeben wird. Dieser Kommission werden eine Reihe von Sachverständigen angehören, außerdem Vertreter der betreffenden Landgesellschaften, denen indes eine Mitglieder-Eigenschaft nicht zusteht. Der Reichstag wird 14 Mitglieder in jene Kommission entsenden. In bezug auf die Reihenfolge der im Plenum zu verhandelnden Gegenstände wurde in Aussicht genommen, zunächst möglichst alle ersten Lesungen von Gesetzentwürfen auf die Tagesordnung zu setzen, bevor man an den Etat herantritt. Als besonders dringlich, weil mit dem diesjährigen Etat zusammenhängend, wurden bezeichnet: die Gesetze über Naturalleistungen, der Servistarif, das Gesetz über den Wohnungsgeldzuschuß und den Invalidenfonds. Außerdem sollen erledigt werden: der Nachtrags-Etat für Ost- und Südwestafrika, ferner die beiden Zollgesetze (Statistik des Warenverkehrs und Einfuhrscheine), schließlich noch die Eisenbahn von Duala nach den Manengubabergen. Demnächst werden die Militärpensionsgesetze, das Gesetz über das Urheberrecht und das über die Hilfskassen der Baugewerbe und den Versicherungsvertrag zur ersten Lesung gelangen. Einer Anregung des Seniorenkonvents entsprechend, werden künftig die zur Geschäftsordnung vorgesehenen Schwerpunktstage regelmäßig stattfinden. Man hofft hierdurch zu vermeiden, daß die Initiativanträge, wie in den letzten Jahren, in die Form von Resolutionen zum Etat umgegossen werden, um damit eine Beschleunigung der Etatberatungen herbeizuführen. Eine Fertigstellung des Etats vor dem 1. April wurde allgemein für unmöglich gehalten. Ein Notgesetz sei nicht zu umgehen.

Koloniales.

Berlin. Nach den letzten Meldungen des Oberst Dame war die Bande Morengas am Oranjefluße bei Hartebeestfluß und Pielsdrift festgestellt worden. Der Bande gegenüber stand unter dem Kommando des Majors v. Estorff die Abteilung des Hauptmanns v. Erckert, südlich Warmbad die Abteilung des Hauptmanns v. Zetto-Forbeck, südlich Ukamas eine dritte Abteilung unter Hauptmann Henck sperrte etwa in Linie Dawignab-Kafuur die Ostgrenze. Hauptmann v. Zetto-Forbeck griff am 1. Januar früh bei Daurdrift, 70 Kilometer östlich Warmbad, mit 62 Gewehren eine etwa gleich starke Hottentotten-Bande an. Das Gefecht endete mit dem Abzuge des Gegners nach Norden. Er ließ drei Tote auf dem Platze, darunter Morengas Bruder Matthias. 44 ausgerüstete Reittiere wurden den Hottentotten abgenommen. Auf deutscher Seite fiel ein Unteroffizier. Hauptmann v. Zetto, früher Elisabeth-Regiment, Leutnant Lingk und ein Mann wurden schwer, sechs Mann leicht verwundet. Gegen Cornelius, der sich in die Auab-Berge zurückgezogen hatte, ist erneut eine Streifabteilung in Marsch gesetzt worden. Die Abteilung des Majors v. d. Heyde drängte bei Gubuoms, unweit Aminuis, Simons Kopperleute zurück und erbeutete einige Gewehre. Bis 1. Januar haben sich in Gibeon 1400 Hottentotten gestellt, darunter 500 Männer, die 162 Gewehre abgaben. Infolge des Aufrufs des Gouverneurs an die Herero vom 1. Dezember v. J. stellten sich bis Ende Dezember in Omaruru, Omburu und Otjisaenena 737 Herero, darunter 190 Männer mit 23 Gewehren. Schwächere Hererotrupps griffen in der Nähe von Windhuk Ende Dezember noch Farmen an, wurden jedoch zurückgeschlagen.

Berlin. (Priv.-Tel.) In mehreren Blättern wird der Kolonialverwaltung der Vorwurf gemacht, daß sie die Beschwerden der Akwahäuptlinge mehrere Monate unbeachtet liegen gelassen hat und erst durch Preßäußerungen veranlaßt worden ist, auf sie einzugehen. Demgegenüber wird offiziös festgestellt, daß die Beschwerdeschrift am 5. September v. J. bei der Kolonialabteilung eingegangen und bereits am 12. September v. J. dem Gouverneur mit der Weisung zugegangen ist, sich mit möglichster Beschleunigung zu den einzelnen Beschwerdepunkten zu äußern. Das Urteil in dem gegen die Akwahäuptlinge vom Gouvernement eingeleiteten Verfahren, das bis jetzt noch nicht bestätigt ist, ist am 5. Dezember v. J. gefällt worden und befindet sich nach einer Drahtmeldung des Gouverneurs unterwegs. Es ist also frühestens mit der am 17. d. Mts. in Hamburg eintreffenden Post zu erwarten.

Zur Marokko-Konferenz.

Paris. Der Berliner Korrespondent des „Newyork Herald" erklärt sich für ermächtigt, die nachfolgende Aeußerung des Reichskanzlers Fürsten Bülow zu veröffentlichen: Weder Se. Majestät der Kaiser noch irgend jemand in Deutschland denkt daran, auf die Vertreter Frankreichs in Algeciras eine Pression ausüben zu wollen, die geeignet wäre, die nationale Würde Frankreichs zu verletzen. Auf der Konferenz soll es weder Sieger noch Besiegte geben. Deutschland verlangt für alle Staaten gleichmäßige freie Zulassung zu den kaufmännischen Unternehmungen in Marokko, offene Tür für alle Mächte. Wenn man diese Grundsätze annimmt, dann hoffe ich, daß die Konferenz von Erfolg gekrönt sein werde. Deutschland sucht keinen Vorteil, der nicht auch einem anderen zu gute kommen würde.

Paris. Visconti-Venosta ist heute mittag mit dem Süd-Expreßzuge nach Algeciras abgereist. Mit demselben Zuge begab sich der Geheime Legationsrat Mehmet nach Algeciras. Auf dem Bahnhofe hatte sich zur Begrüßung des Marquis Visconti-Venosta und des Geh. Legationsrates Mehmet der Botschaftsrat v. Klotow eingefunden.

Paris. (Priv.-Tel.) Von verläßlicher Seite wird mitgeteilt, die Mission Visconti-Venosta nach Paris habe darin bestanden, Frankreich zu veranlassen, daß der Gesandte Révoil der Konferenz von Algeciras eine Resolution vorlege, die allen Staaten die Handelsfreiheit und unbeschränkten Wettbewerb an den öffentlichen Arbeiten in Marokko gewährleiste.

Madrid. Der englische Delegierte zur Marokko-Konferenz Botschafter Nicolson verläßt heute abend Madrid. Er wird zwei Tage in Gibraltar bleiben, bevor er nach Algeciras geht. Fast sämtliche Delegierte werden morgen mit Sonderzug sich dorthin begeben.

Madrid. (Priv.-Tel.) Der Gouverneur von Algeciras, Divisionsgeneral Fernandez, ist gestern plötzlich verstorben.

London. (Priv.-Tel.) Das amerikanische Geschwader, bestehend aus einem Panzerschiffe und vier Kreuzern, ist gestern in Gibraltar eingetroffen. Nach Einnahme von Rossen wird es nach Tanger weitergehen.

Christiania. Sicherem Vernehmen nach wird sich Norwegen bei der Marokko-Konferenz in Algeciras nicht vertreten lassen. Es beschränkt sich auf den Vorbehalt, dem eventuellen Abkommen beitreten zu können.

Zu den geplanten Straßendemonstrationen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Zur Erklärung des sozialdemokratischen Parteivorstandes betreffend eine für den Ordensfesttag in Berlin geplante Straßendemonstration bemerkt die „Deutsche Tagesztg.": „Verdächtig ist schon die Bemerkung, daß die Ordner, deren übrigens 1500 Stück ausgewählt sein sollen, auch auf den Straßen die Ordnung aufrechterhalten sollen. Was haben diese Leute auf den Straßen zu tun? Für die Ordnung auf den Straßen hat die Polizei zu sorgen, oder fürchten die Parteidiktatoren, daß die Polizeigewalt nicht im stande sein werde, die aufgeregten Gemüter von unbedachten, törichten und verbrecherischen Handlungen zurückzuhalten? Dann hat jedes die Folgen seines Handelns zu tragen. Die sozialdemokratischen Agitatoren mit ihren Hetz- und Brandreden sind aber in erster Linie dafür verantwortlich, wenn der 21. Januar für zahlreiche Familien ein schwarzer Tag werden sollte. Wir verweisen auf Dresden. Es ist keine Zufälligkeit, daß gerade am Tage des Ordensfestes der große Wahlrechts-Radau in Szene gehen soll. Eine Unverschämtheit ist es aber, wenn sich der Parteivorstand zu der Drohung versteht: Wird unsere Richtschnur von beiden Seiten innegehalten, so wird das Ordensfest wie üblich verlaufen. Für den Verlauf des Ordensfestes, soweit die äußere Sicherheit in Betracht kommt, sorgt die Polizeigewalt und nicht die Führung der Umsturzpartei. Sollten in den 80 Radauversammlungen an diesem Sonntag die Köpfe übermäßig erhitzt werden, und Neigung zu unüberlegten, verhängnisvollen Handlungen verraten, so wäre es das Zweckmäßigste, zunächst mit Hilfe der Feuerwehr die Hydranten in Bewegung zu setzen. Die „Tägl. Rundsch." betont erneut, trotz der Erklärung des Parteivorstandes, die Zuverlässigkeit ihrer Angaben, wobei ihr nur die behauptete Mitwirkung des Ministerpräsidenten als irrig bezeichnet werde. Die Dresdner Vorgänge mit ihren blutigen Ausgängen, schreibt das Blatt, haben gezeigt, wie dergleichen Dinge inszeniert werden und auch nur inszeniert werden können, wenn anders sie den aufreizenden Eindruck machen sollen, den die Sozialdemokratie allein beabsichtigt. Der Parteivorstand gibt selbst zu, daß seine Ordner Auftrag erhalten haben, auch auf der Straße nach dem Rechten zu sehen. Er sagt nicht, daß er, um angesichts Dresdens das Blut und die Freiheit der Arbeiter zu schonen, Straßendemonstrationen verboten habe. Das wäre seine Pflicht gewesen, wenn er wirklich, wie er behauptet, sich seiner Verantwortung bewußt ist, um so mehr, als die sozialdemokratische Presse die Dresdner Vorgänge mit samt der Parole: „Nach dem Schloß!" den Arbeitern in den glühendsten Farben geschildert und ihnen außerdem unausgesetzt Rußland vorgehalten habe. Das sind die eigentlichen, für die Arbeiter bestimmten Weisungen des Parteivorstandes. Seine heutige Erklärung ist für die nichtsozialdemokratische Oeffentlichkeit bestimmt, die er durch seine Beteuerungen zur Ordnungsliebe sorglos machen zu können glaubt. Sie beweist allenfalls, daß man nun nach Aufdeckung der Karten eine andere als die zuerst verabredete Taktik einschlagen werde, daß man das Ziel aber trotzdem fest in den Augen behält. Ueber die behördlichen Maßnahmen weiß eine hiesige Korrespondenz folgendes zu berichten: Die Absperrungsmaßregeln wegen des Ordensfestes in der Nähe des Schlosses und der Straße Unter den Linden werden strenger wie sonst durchgeführt. Die gesamte Polizei Berlins und der Vororte, soweit sie königlich ist, befindet sich in Alarmbereitschaft. Das Militär der Garnisonen Berlin, Schöneberg und Charlottenburg darf von Sonnabend abend 9 Uhr ab die Kasernen nicht verlassen. Alle Soldaten, die Bürgerquartiere haben, haben diese für die fragliche Zeit mit Kasernenquartieren zu vertauschen. Vom Sonntag früh 5 Uhr stehen die Truppen in Alarmbereitschaft und haben von vormittags 10 Uhr ab auf den Kasernenhöfen feldmarschmäßig und mit scharfen Patronen ausgerüstet, zum Abmarsch bereit zu stehen. Die militärischen Wachen werden verstärkt und erhalten ebenfalls scharfe Munition. Zum Schutze des Schlosses ziehen am Sonnabend anderthalb Kompagnien auf die Schloßwache. Für den Notfall haben sich das Alexander-Regiment und das 2. Garde-Regiment für die Säuberung der dem Schlosse benachbarten Straßen bereit zu halten. Sollten die Demonstranten, die etwa gegen 2 Uhr nachmittags die Versammlungen verlassen sollen, den Anordnungen der Polizei keine Folge leisten und Demonstrationszüge veranstalten wollen, so ist sofort das Militär zur Hilfe herbeizurufen. Die Polizei hat dafür Sorge zu tragen, daß die Versammlungslokale sich ohne Störung entleeren und daß sich keine Gruppen auf den Straßen bilden können. Wird bei Schluß der Versammlungen die Absicht klar, daß Demonstrationszüge veranstaltet werden sollen, so hat die Polizei dafür Sorge zu tragen, daß die Demonstranten sofort, und wenn nicht anders möglich, durch Gewalt zu zerstreuen sind und die Gegend um das Schloß nicht erreichen. Reicht die Kraft der Polizei vor den 80 Versammlungslokalen nicht aus, so ist auch hier schon Militär zu requirieren.

Zur Lage in Rußland.

Petersburg. In Ergänzung ihrer gestrigen Meldung über die Ausführung des russischen Staatsbudgets für 1905 macht die „Petersb. Tel.-Agentur" folgende weitere Angaben: Das Staatsbudget eröffnet im ganzen an Krediten 1995 Millionen Rubel. Nach dem Kassenausweis des Finanzministeriums überstiegen die in den ersten zehn Monaten 1905 eingegangenen Einnahmen die des Vorjahres um 84 Millionen. Da die im Budget 1905 vorgesehenen Einnahmen um 41 Millionen geringer sind als die tatsächlichen Eingänge für 1904, so erweist sich der Ueberschuß des Budgets für 1905 im Vergleich zum Voranschlage als noch größer.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Während eines Kampfes bei Marienburg im Kreise Hasenpos wurden 93 Rebellen erschossen. In diesem Kreise sind 28 Güter abgebrannt.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Der „Slowo" verzeichnet das Gerücht, wonach der Rat der Arbeiter-Deputierten für den 18. Januar einen neuen politischen Streik angekündigt haben soll. — Aus Riga wird gemeldet: Revolutionäre überfielen das Schloß Salisburg und brannten es nieder. Der greise Besitzer, Baron Vietinghof, konnte nur mit Mühe das Leben retten.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Die „Nowoje Wremja" veröffentlicht einen Artikel betreffend die Ansichten des Ministerpräsidenten Grafen Witte über die Beziehungen, die zwischen dem Manifest vom 30. Oktober und der Selbstherrschaft des Kaisers bestehen. Dieser Artikel ist in der ausländischen Presse wiedergegeben worden. Die Petersburger Telegraphen-Agentur ist ermächtigt, zu erklären, daß Graf Witte niemals etwas derartiges zu irgend jemandem gesagt habe.

Warschau. (Priv.-Tel.) Gestern abend drangen in die Wohnung des Brauereibesitzers Thiele sechs mit Revolvern bewaffnete Männer, die sich als Anarchisten vorstellten und die Zahlung von 2000 Rubeln für Zwecke der Anarchie unter Drohungen forderten. Thiele unterzeichnete den Zahlungsschein, mit dem sich die Angreifer zur Kasse begaben, wo der Kassierer das Geld auszahlte. Ein Angestellter erschoß darauf aus dem Hinterhalte einen der Anarchisten und verletzte einen zweiten schwer, die anderen flüchteten unter Zurücklassung des Geldes.

Tiflis. Nach mehr als vierwöchentlicher Unterbrechung infolge des Ausstandes der Post- und Telegraphenbeamten hat wieder die Tätigkeit der Telegraphen zwischen den Städten Transkaukasiens mit Ausschluß des Gouvernements Skuttais, wie überhaupt in den von Tiflis gänzlich abgeschnittenen Bezirken Transkaukasiens begonnen. Die meisten Führer dieses Aufstandes sind verhaftet worden. Mehrere Gendarmerie-Offiziere und, wie verlautet, auch der General Gramotin waren von den Streikenden verhaftet worden. Wie amtlich gemeldet wird, wurden aus dem Gebäude des armenischen Seminars zwei Bomben gegen eine Patrouille geschleudert, durch die vier Kosaken verwundet und ein Knabe getötet wurden. Das Haus wurde sofort von Truppen eingeschlossen und mit Geschützen beschossen, bis Feuer ausbrach, das dann das Gebäude zerstörte. Durch die in diesem Hause aufgespeicherten Bomben- und Pulvervorräte wurden Explosionen veranlaßt, so daß es unmöglich war, des Feuers Herr zu werden. Bei diesem Brande büßten 33 Personen das Leben ein, 30 wurden verletzt. Nachdem festgestellt worden war, daß sich im Hause Jedigarow im Vororte Tiduga ein Bombendepot befinde, sollte dort eine Haussuchung vorgenommen werden. Als jedoch die Truppen heranrückten, wurden sie aus diesem Hause und dem Nachbarhause ununterbrochen beschossen und mit Bomben beworfen. Nun wurden die friedlichen Bewohner des Hauses entfernt und das Haus von Artillerie beschossen, wodurch 8 Aufständische getötet wurden. Durch die Artilleriegeschosse wurden in diesem Hause vier Explosionen hervorgerufen. Bei der Durchsuchung dieses Gebäudes, in dem sich das Gefängnis des armenischen Revolutionskomitees befinden sollte, wurden Waffen und Bomben gefunden.

Noworossija. Am 11. Januar wurde die Stadt bei Tagesanbruch von aus Warschau eingetroffener Infanterie umringt und eine große Anzahl Revolutionäre und Privatleute verhaftet.

London. (Priv.-Tel.) Wie der „Daily Expreß" aus Odessa meldet, wurde der Chef der Polizei in Nowominsk von Revolutionären ermordet. Die Stadt befindet sich in einem Zustande der Panik. Es fanden heftige Straßenkämpfe statt. Viele Aufständische wurden auf der Straße mit dem Bajonett getötet. Die Ueberlegenheit der kaiserlichen Truppen steht über allem Zweifel.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Bundesrat hat in seiner gestrigen Sitzung die Novelle zum Börsengesetz genau in der Gestalt verabschiedet, die die Kommission des Reichstages in der vorigen Tagung dem Gesetzentwurf gegeben hat. Eine Vorlage betreffend Aenderung der Vorschriften über den Handel mit Giften wurde den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Prinz Johann Georg von Sachsen wird am 27. d. Mts. in Berlin eintreffen, um als Vertreter des Königs Friedrich August an der Kaisergeburtstagsfeier teilzunehmen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Zur Erkrankung des Staatssekretärs Freiherrn v. Richthofen sind dem Auswärtigen Amte vielfache Beweise der Teilnahme des Auslandes zugegangen. Der König von England und die Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika ließen Erkundigungen einziehen. Die auswärtigen Minister Italiens und Japans ließen ihre Sympathie ausdrücken.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Besserung im Befinden des erkrankten Staatssekretärs Freiherrn v. Richthofen macht dauernd Fortschritte. Die Aufhellung des Bewußtseins hat zugenommen, das Allgemeinbefinden ist den Umständen nach befriedigend. — Die Gattin des Generalstabsoffiziers Freiherrn v. Richthofen, geb. Dirksen, sprang in einem Anfall von Geistesstörung von der Aßenbrücke ins Wasser. Den Bemühungen, sie zu retten, setzte die Lebensmüde Widerstand entgegen. Endlich gelang es, die junge Frau aus dem Wasser zu ziehen, allein auf dem Wege in die Charité verstarb sie. — Als Frau Agnes Sorma gestern abend aus dem Deutschen Theater kam, stieß ihre Droschke mit einem Straßenbahnwagen zusammen. Die Künstlerin wurde aus dem Wagen und der Kutscher vom Bocke geschleudert. Frau Sorma hat sich bloß eine durch einen Glassplitter verursachte geringfügige Verletzung der Lippen zugezogen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der japanische Vertreter am hiesigen Hofe, Herr Inouye, machte gestern dem Reichskanzler einen Besuch, um ihm seine Ernennung zum Botschafter anzuzeigen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Anläßlich der Weltausstellung in St. Louis erhielten nachstehende sächsische Staatsangehörige preußische Orden: den Roten Adler-Orden 3. Klasse Hofrat Professor Kießling, Vorsitzender des Hauptvorstandes der Allgemeinen deutschen Kunstgenossenschaft in Dresden, den Roten Adler-Orden 4. Klasse der Direktor des städtischen Kunstgewerbemuseums Dr. Graul in Leipzig; ferner der Verlagsbuchhändler und erste Vorsteher des Deutschen Buchgewerbevereins Dr. Volkmann in Leipzig und Fabrikbesitzer Jahn (Franz) in Plauen i. V. den Kronen-Orden 4. Klasse; der Schriftführer des Hauptvorstandes der Allgemeinen deutschen Kunstgenossenschaft, Architekt v. Mayenburg in Dresden und der Verwaltungsdirektor des deutschen Buchgewerbevereins Woernlein in Leipzig, der deutsche Reichskommissar für die Weltausstellung in St. Louis Dr. Lewald erhielten den Kronen-Orden 2. Klasse; der Präsident der Ausstellung David R. Francis in St. Louis den Kronen-Orden 1. Klasse.

Berlin. (Priv.-Tel.) Sicherem Vernehmen der Weimarischen Zeitung „Deutschland" nach tritt der Großherzog von Sachsen Ende dieses Monats nach Ablauf der Trauerzeit eine Reise nach Indien an. In Hofkreisen erwartet man bestimmt, daß der Großherzog nach der Rückkehr, Ende Mai, ein neues Verlöbnis eingehe.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Kaiserl. Statistische Amt hat als Nachfolger des nach Düsseldorf als zweiten Bürgermeister berufenen Regierungsrats Zahn Herrn Stadtrat Dr. Wiedfeldt-Essen in Aussicht genommen, vornehmlich zur Bearbeitung der kommenden großen Berufs- und gewerblichen Zählung. Dr. Wiedfeldt war früher Statistiker der Stadt Dresden.

Hamburg. Der Schleppdampfer „Saturn" mit drei mit Wolle beladenen Kähnen, von Bremerhaven kommend, verlor infolge Reißens der Drossen zwei Kähne am Rotesand-Leuchtturm. Man befürchtet, daß die wertvolle Ladung und die Besatzung der beiden Kähne von je vier Mann verloren sind.

Köln. (Priv.-Tel.) Die Kölner Pegelhöhe zeigte vormittags einen Wasserstand von 5,60 Meter. Das Wetter ist regnerisch. Ein weiteres Steigen des Mittelrheins ist zu erwarten. Die Ruhr und Wupper steigen, letztere richtet große Verheerungen an. Aus den Niederungen flüchten zahlreiche Familien. — Wie sich jetzt herausgestellt hat, handelt es sich bei dem vorgestern im Rheinhafen ertrunkenen Ehepaare um einen in der Bonner Blindenanstalt beschäftigten, vollständig erblindeten Mann, sowie eine halbblinde Frau, die abends mittels Schiffs nach Bonn zurückkehren wollten und in der Dunkelheit in den Strom stürzten.

München. Hier verbreitete Gerüchte von einem Anschlag auf den deutschen Botschafter in Paris, Fürsten Radolin, wurden alsbald von Paris aus in entschiedener Weise für unbegründet erklärt.

München. Im hiesigen Gefängnis Angerfronveste versuchten vergangene Nacht drei Untersuchungsgefangene und ein wegen Raubmords zum Tode verurteilter Gefangener auszubrechen. Beim Kampf mit dem Aufsichtspersonal, das den Fluchtversuch vereitelte, wurden zwei Gefangene und der Aufseher schwer verletzt.

Breslau. (Priv.-Tel.) Nach amtlicher Mitteilung sind im Dezember in Oberschlesien 61 Erkrankungen und 34 Todesfälle an Genickstarre zur Anmeldung gelangt.

Breslau. Der Direktor der Stadtbibliothek und des Stadtarchivs, Professor Hermann Markgraf, ist heute gestorben.

Wien. In der heutigen Audienz beim Kaiser erstattete Baron Fejervary eingehend den Bericht über die ihm bekannt gewordenen Bestrebungen zur Herstellung des Friedens. Der Kaiser sprach den Wunsch aus, daß unter allen Umständen die Ordnung wieder hergestellt und aufrechterhalten werde.

Rom. Der Senator Carlo Guala ist zum italienischen Mitgliede der Kommission zur Untersuchung der Verwaltungs- und Finanzangelegenheiten auf Kreta ernannt worden.

Paris. Senat. Fallières übernimmt das Präsidium und hält eine Ansprache, in der er die Aufgabe des Senats und den Wunsch desselben, das Schicksal der Arbeiter zu verbessern, betont (Beifall.) Nächste Sitzung Donnerstag.

Paris. Der Ministerrat beschloß, daß die Wahl des Präsidenten der Republik am 17. d. M. stattfinden soll. Das betreffende Dekret erscheint morgen im Amtsblatt. Ministerpräsident Bourgeois erklärte in den Wandelhallen des